

I. Forum Reformation: Streitbar leben Wittenberg, 19. August 2019

Streitfall: Kirche und Politik – 10 Thesen

1

Kirche und Politik - es ist gleichzeitig Normalität und ein Minenfeld. Zum einen wirkt Kirche als gesellschaftliche Kraft im öffentlichen, politischen Raum. Schon immer. Paulus hat die Gemeinden nicht zum Nischendasein aufgerufen, sondern zum Mittun in der Gesellschaft als eigenständige Kraft, aber nicht als politische Alternative zum jeweiligen System (darin liegt die Bedeutung von Römer 13). Jesus hat den Menschen empfohlen, immer neu zu gewichten: was Gottes und was des Kaisers ist, und sich dabei weder an die Stelle Gottes noch an die Stelle des Kaisers zu setzen oder den säkularen und klerikalen Kaisern mit Gott zu identifizieren.

2

Wer Streitbar leben und als Christ wie als Gemeinde Jesu Christi seinen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in der Welt und vor Ort leisten möchte, hat zwei Aufgaben zu erfüllen:

- sich Klarheit über die Maßstäbe des christlichen Glaubens verschaffen. Ohne theologische Grundlagenarbeit kann Kirche, kann auch ein Christ keinen genuine Beitrag im gesellschaftspolitischen Diskurs leisten. Wir haben die „Theologische Existenz heute!“ (Karl Barth) inmitten einer säkularen, multikulturellen und multireligiösen Welt zu bestimmen.
- Er muss lernen, in theologischen, historischen und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen zu denken. Denn nur so können wir die Traditionen erkennen und freilegen, an die sich anzuknüpfen lohnt. Der Sozialethiker Rudolf Todt (1839-1887) hat einmal gesagt: Auf den Schreibtisch eines Pfarrers gehört in die Mitte die Bibel, links ein Buch über die Nationalökonomie und rechts die Tageszeitung.

3

Unter diesen Bedingungen sollte sich Kirche vor Ort um die Lebensbedingungen der Menschen kümmern, nah bei den Menschen und für sie da sein – immer mit der globalen, universalen Perspektive des Glaubens. Diese ergibt sich aus dem Bekenntnis zu dem einen Gott, der der Schöpfer des Himmels und der Erde ist, und daraus, dass jeder Mensch ein Geschöpf Gottes ist. Kirche sollte im gesellschaftspolitischen Diskurs vor Ort die Rolle des Motors, Motivators und Moderators übernehmen.

4

Christen und Kirchgemeinden, die dies tun, werden nicht nur mit gesellschaftlichen Institutionen und staatlichen Organen in Konflikt geraten. Sie werden auch mit der eigenen Institution Schwierigkeiten bekommen – gerade weil Kirche und Politik nach wie vor institutionell wie personell verbunden sind. Um hier die Orientierung nicht zu verlieren, ist die theologische Grundlegung und Vergewisserung unerlässlich (siehe These 2).

5

Unter diesen Voraussetzungen sollten sich Kirchgemeinden bemühen:

- ihren eigenständigen Ort im Ort zu bestimmen,
- sich als Teil der demokratischen Gesellschaft zu verstehen,
- sich kampagnefähig aufzustellen.

Nur so ist es möglich, eigenständig und inhaltlich klar mit anderen gesellschaftlichen Gruppen für die Ziele einzutreten, die den biblischen Maßstäben entsprechen.

6

Es hat sich als Glücksfall erwiesen, dass die evangelische Kirche in der 80er Jahren - auch als Konsequenz einer theologischen Erneuerung nach 1945 - den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung hat initiieren können. Er war und ist nicht nur theologisch wohl begründet. Er ist auch in der säkularen Gesellschaft kommunizierbar und eignet sich gleichzeitig, das Bekenntnis der Kirche zu aktualisieren. So konnte der konziliare Prozess zu einem der Ausgangspunkte für die Friedliche Revolution 1989/90 werden.

7

In Leipzig haben sich Nikolai- und Thomaskirche nach 1990 in der Stadtgesellschaft als Gestalter des städtischen Zusammenlebens positioniert. Ausgangspunkt und Vergewisserungsort waren und sind die Gottesdienste, vor allem das montägliche Friedensgebet, inhaltliche Grundlage der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Daraus ergaben sich Initiativen

- für menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten und gegen Ausländerfeindlichkeit,
- für Gerechtigkeit in der Arbeitswelt,
- für friedliche Konfliktlösungen: „Keine Gewalt“,
- für kulturelle, religiöse Vielfalt, eine offene demokratische Gesellschaft, gegen Rechtsextremismus und völkisch-nationalistisches Denken.

8

Alle Aktionen führten zu Kontroversen – innerhalb der Kirche und mit Gruppen in der Gesellschaft. Doch das ist normal. Wichtig ist, dass wir in der Lage sind, die theologische Grundlegung zu verdeutlichen, und gleichzeitig bündnisfähig zu bleiben in der Zivilgesellschaft. Wenn diese beiden Dinge klar sind, lassen sich die Konflikte produktiv austragen und gut aushalten.

9

Wir müssen als Kirche beides sein: geistesgegenwärtig in der Theologie und geistesgegenwärtig im gesellschaftlichen, politischen Bereich. Das muss gerade in der Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter/innen – vom Pfarrer/in bis zum Kirchner, vom Kirchenjuristen bis zur Erzieherin - eine viel größere Rolle spielen. Ebenso gilt es, der Verschiebung des Diskurses nach rechts innerhalb von Theologie und Kirche deutlich und entschlossen entgegenzutreten. Und: Wir dürfen Streitbarkeit nicht mit Beleidigtsein beantworten bzw. verwechseln. Wir sind gerade in der Kirche viel zu schnell beleidigt. Darum empfehle ich, folgende Faustregel anzuwenden: Ich gestehe mir drei Tage Beleidigtsein zu – aber dann muss man zur offenen, zugewandten Kommunikation zurückkehren.

10

Kirche hat heute dort die Initiative zu ergreifen, wo es um die Wahrung der Grundwerte des Glaubens geht: Gerechtigkeit, Frieden, Barmherzigkeit, Ehrfurcht vor dem Leben. Dieses ist nur möglich, wenn Kirche mit der einzigen „Waffe“ streitet, die ihr in die Hand gegeben ist: das Wort Gottes. Sie führt automatisch zu der notwendigen Distanz zu allen vereinnahmenden Aktivitäten des Staates, politischer Gruppierungen und Ideologien. Gleichzeitig verleiht sie dem eigenen Handeln die nötige Schärfe, Klarheit, Gewissheit – und dient als kritischer Maßstab für das eigene Handeln.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

info@wolff-christian.de

www.wolff-christian.de